

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune

Plankstettener Erklärung

Stadt Altenstadt
Gemeinde Ammerndorf
Gemeinde Ascha
Gemeinde Barbing
Gemeinde Bernried
Stadt Dietfurt
Gemeinde Fraunberg
Gemeinde Furth b. Landshut
Gemeinde Geretsried
Stadt Haßfurt
Stadt Hemau
Gemeinde Herrsching
Stadt Kirchdorf i. W.
Stadt Neumarkt i. d. OPf.
Gemeinde Neunkirchen am Brand
Stadt Neustadt a. d. Aisch
Markt Nordhalben
Stadt Oettingen
Gemeinde Otterfing
Gemeinde Pettendorf
Markt Pleinfeld
Gemeinde Poppenricht
Gemeinde Roßhaupten

Markt Roßtal
Gemeinde Rottendorf
Gemeinde Röttingen
Gemeinde Schleching
Gemeinde Schwarzenbach/Saale
Gemeinde Schwarzenbruck
Gemeinde Seßlach
Gemeinde Unsleben
Gemeinde Unterhaching
Stadt Velburg
Gemeinde Weyarn
Gemeinde Wildpoldsried
Energiewenderegion Landkreis
Amberg
Netzwerk Erneuerbare Energie
Landkreis Ansbach
Energiewende Oberland
Energiewenderegion Landkreis
Donau-Ries
Ziel 21 Landkreis Fürstfeldbruck
Energievision Oberfranken -Mitwitz
Modellregion Landkreis Neumarkt –
Umweltcluster

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune

Plankstetten, im Dezember 2008

Plankstettener Erklärung

Der Abstand zwischen den etablierten Parteien und den Bürgerinnen und Bürgern wird immer größer. Politikverdruss, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, junge Menschen, die zwar politisches Interesse zeigen, sich aber zunehmend von den demokratischen Parteien abwenden, sind unübersehbare Warnsignale.

Die Antwort auf diese Probleme kann nur in der Stärkung und im Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten gerade in der Gemeinde liegen. Das Leitbild einer nachhaltigen Bürgerkommune muss Grundlage für alle Politikfelder werden.

Wir - die 41 in Bayern im Netzwerk zusammengeschlossenen AGENDA 21 Kommunen und Regionen, die sich zu dieser Plankstettener Erklärung bekennen - verfolgen seit Jahren erfolgreich eine kommunale Politik im Sinne der Agenda21. Aus diesen Erfahrungen heraus benennen wir Eckpunkte, an denen sich auch die Landespolitik orientieren muss.

Herausforderungen erkennen

Die Gemeinden stehen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen:

- Der demographische Wandel wird sich auf die Lebensverhältnisse vor Ort auswirken. Die Bevölkerung wird älter, einige Regionen sind zusätzlich mit zum Teil massiven Abwanderungsprozessen konfrontiert.
- Der Klimawandel ist schon heute spürbar. Wir müssen unsere Art des Wirtschaftens konsequent im Hinblick auf Ressourcenschonung überdenken.

Was folgt daraus?

- Der politische Gestaltungsspielraum auf kommunaler Ebene muss gegenüber bedenklichen Entwicklungen bürokratischer Überregulierung und finanzieller Austrocknung gesichert werden.

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune

- Es reicht nicht mehr aus, wenn die Gemeinde Infrastruktureinrichtungen zur Daseinsvorsorge zur Verfügung stellt. Heimatverbundenheit und Engagement wachsen nur in einer vitalen Kommune. Hierzu gehören intakte soziale Netzwerke.
- Die Bürgerinnen und Bürger müssen in die politische Diskussion und Entscheidungsfindung konstruktiv einbezogen werden. Dies ist nur durch Strukturen möglich, die demokratische Teilhabe stetig und dauerhaft ermöglichen.

Was brauchen wir?

Die Kommunen brauchen in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe, denn sie können ihren Verfassungsauftrag nur dann erfüllen, wenn eine eigenständige und auf die spezifischen Belange zugeschnittene Arbeitsweise möglich ist. Jede Kommune muss aufgrund ihrer Lage und Tradition eigene Wege zu einer nachhaltigen Bürgerkommune gehen.

- Dazu müssen wir den Aufbau und die Entwicklung von dauerhaften Beteiligungsstrukturen zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern fördern.
- Wir müssen die in diesen Beteiligungsprozessen gefundenen Lösungen und Maßnahmen verlässlich verankern. Nur kurzatmige Projektförderung reicht nicht aus.
- Der Aufbau nachhaltiger Beteiligungsprozesse muss durch die Bereitstellung kompetenter Beratungs-, Moderations- und Qualifizierungsleistungen gefördert werden.

Konkret benötigen wir

- die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch geeignete Rahmenbedingungen und Anlaufstellen,
- eine kommunale Leitbildentwicklung, die regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt wird,
- nachhaltige Strukturen, die eine dauerhafte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger an den kommunalen Weichenstellungen gewährleisten,
- einen möglichst großen kommunalen Gestaltungsspielraum,
- eine gesicherte, transparente und nachhaltige Haushaltsführung,
- starke regionale Wirtschaftskreisläufe, ein effizientes und effektives kommunales Energiemanagement,
- eine leistungsfähige Infrastruktur,

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune

- „Haltefaktoren“ wie innovative Bildungsangebote oder Nahversorgung, um den demographischen Wandel vor Ort zu gestalten,
- vernetzte Lösungen, die auch über den eigenen Tellerrand hinausreichen.

Was verlangen wir vom Staat?

Der Staat muss die Gemeinden als verlässlicher Partner auf dem Weg zur Bürgerkommune aktiv begleiten. Die Herausforderungen der Zukunft sind ohne ein konstruktives und dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtetes Miteinander von Staat und Kommune nicht zu bewältigen.

In Bayern gibt es bereits bewährte Institutionen, die entsprechende Maßnahmen und Prozesse unterstützen. Exemplarisch genannt seien die Dorferneuerung, die Städtebauförderung, die Schulen der Dorf- und Landentwicklung sowie die LEADER-Förderung. Diese Instrumente dürfen keinesfalls zurückgefahren, sondern müssen vielmehr deutlich ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die Initiative des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit, ein Gütesiegel „Nachhaltige Bürgerkommune“ einzuführen.

Der Staat muss **gezielt und aktiv** den ländlichen Raum unterstützen und fördern. Dazu gehören:

- Maßnahmen zur Erhaltung und zur Ansiedlungen von **Arbeitsplätzen** in der Region, nur wenn Arbeitsplätze ortsnah existieren, können die Menschen im ländlichen Raum gehalten werden,
- Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Gemeinden auch im ländlichen Raum, denn auch dort können insbesondere unter Einbeziehung der Fachhochschulen **Wissens- und Erfahrungscluster** entstehen und fortentwickelt werden,
- die eindeutige Aussage des Staates, dass der ländliche Raum neben den städtischen Regionen einen **eigenständigen Wert** und eigene Entwicklungsmöglichkeiten besitzt, das Prinzip der gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse darf nicht nur Worthülse sein, sondern muss in der konkreten Praxis gelebt werden.
- Die **Förderung geeigneter Rahmenbedingungen für die Stärkung sozialer Netzwerke und des bürgerschaftlichen Engagements** im kommunalen Bereich.

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune

Wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass in der Koalitionsvereinbarung zwischen CSU und FDP ein eindeutiges Bekenntnis zum Grundsatz der Nachhaltigkeit und zum Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements enthalten ist; schmerzlich vermissen wir aber eine ähnliche Aussage zum ländlichen Raum. Wir fordern die neue Staatsregierung auf, mit uns und unserem Dachverband, dem Bayerischen Gemeindetag, in einen konstruktiven Dialog einzutreten und weitere Schritte auf dem Weg zu einer vernetzten und nachhaltigen Entwicklung der Gemeinden des ländlichen Raums zu tun.

Plankstetten, im Dezember 2008

im Namen aller Mitglieder des Netzwerks

Bürgermeister Hans Wiesmaier, Fraunberg
Bürgermeister Albert Höchstetter, Barbing

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune
c/o Dr. Hans Rosenbeck
Schule der Dorf- und Landentwicklung/School of Good Governance
Stadtverwaltung Berching, Pettenkoferplatz 12, 92334 Berching
Tel. 08462-20535, Fax: 08462-20536, Mail: rosenbeck@berching.de
Internet: www.nachhaltige-buergerkommune.de

Das Netzwerk wird vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit gefördert.